

## ***Ergebnisse des Workshops "Stand und Aussichten der Evaluation im Parlament"***

### ***Zusammenfassung von Dr Simone Ledermann, 19. September 2016***

---

Im zahlreich besuchten Workshop wurden die Forschenden des Projekts „Parlamente und Evaluationen“ zunächst von den Teilnehmenden mit Fragen zur Untersuchung in Beschlag genommen. Das Projekt hat ergeben, dass Parlamentsmitglieder Evaluationen in der Gesetzgebung kaum nutzen, dass sie 80% von ihnen Evaluationen aber dennoch als eher nützliches Instrument betrachteten und viele mittels Vorstössen Evaluationen anregen. Als Evaluation wurde im Rahmen der Forschung eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Leistungen oder Wirkungen einer Politik aufgefasst, unabhängig davon, ob die Parlamentsmitglieder dafür den Begriff „Evaluation“ oder aber einen anderen Begriff benutzten. Der scheinbare Widerspruch zwischen der hohen Nachfrage und der geringen Nutzung von Evaluationen haben die Forschenden damit erklärt, dass Parlamentsmitglieder die Evaluation als Aufsichtsinstrument sehen, auf das sie angesichts ihrer eigenen beschränkten Ressourcen zur Untersuchung eines vermuteten Problems zurückgreifen. Sie gehen davon aus, dass durch das Verlangen einer Studie bereits gewährleistet ist, dass ein bestimmter Sachbereich näher untersucht wird und daraus die notwendigen Änderungen gezogen werden. Selbst verfolgen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Studien, die sie angeregt haben, und die daraus getroffenen Massnahmen häufig nicht aktiv.

Die Forschenden hatten ihr Input-Referat mit drei Empfehlungen abgeschlossen, die als Grundlage für die anschliessende Diskussion im Workshop dienen:

1. Existierende Evaluationen beim Parlamentsmitgliedern bekannt machen.
2. Bei der Ausgestaltung von Evaluationen das Bedürfnis von Parlamentsmitgliedern nach einer Rechenschaftslegung und einer summativen Ausrichtung berücksichtigen.
3. Erwartungen zur Nutzung an den politischen Kontext anpassen.

Bei der regen Diskussion ging es um die Frage, was die Praxis von der Forschung lernen kann. Als „Praxis“ wurden dabei im Workshop einerseits die Evaluatorinnen und Evaluatoren sowie die Evaluationsmanagerinnen und -manager und andererseits die SEVAL verstanden. Entsprechend der zweiten Empfehlung, wurde gefordert, dass die Evaluierenden und die Evaluationsmanagenden darauf achten, dass die Ausrichtung auf Rechenschaftslegung gewährleistet ist. Allenfalls müsse, wenn eine Evaluation explizit für das Parlament bestimmt sei, versucht werden, Parlamentsmitglieder bei der Klärung des Auftrags einzubeziehen. Zudem sollten Evaluatorinnen und Evaluatoren sowie Evaluationsmanagende auf eine Publikation der Ergebnisse hinwirken, um sicherzustellen, dass diese durch möglichst viele Personen und auch noch zu einem späteren Zeitpunkt greifbar sind. Evaluationsmanager und -managerinnen wurden weiter aufgefordert, die von ihnen betreuten Evaluationen gezielt einzubringen, falls ein Thema auf die parlamentarische Agenda kommt, indem sie namentlich das Sekretariat der zuständigen Kommission darauf aufmerksam machen. Der SEVAL wurde diesbezüglich eine Sensibilisierungsfunktion zugeschrieben. So könne diese die Sekretariate von parlamentarischen Kommissionen auf das Potenzial von Evaluationen hinweisen und darauf hinwirken, dass Parlamente Evaluationen als Instrument nutzen.

Vorgeschlagen wurde beispielsweise die Durchführung eines Anlasses mit der Konferenz der Ratssekretäre.

Trotz der Vielzahl an möglichen Massnahmen wurde wiederholt auch darauf hingewiesen, dass der Einfluss der Evaluationscommunity auf das Parlament begrenzt ist. Prof. Thomas Widmer, Leiter des Forschungsprojekts, entgegnete dem mit Verweis auf die Ergebnisse, dass das Parlament ja durchaus Evaluationen verlange und das Instrument überwiegend positiv wahrgenommen werde. Seinem Vorschlag für einen Kernsatz, „Alles ist gut“, mochten sich die Teilnehmenden des Workshops jedoch nicht anschliessen. Inwieweit die Evaluationscommunity den Umgang von Parlamenten mit Evaluationen jedoch zu beeinflussen vermag, blieb auch in der demokratischen Abstimmung, die folgte unklar. „Die Evaluationscommunity kann nicht sehr viel / vieles besser machen“ lautet deshalb ambivalente Fazit der Diskussion.